Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando **3** Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3½ Mark.
Für Rußland **3** Rubel pro halbes Jahr.

Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-Spaltzeile von Abonnenten mit **15** R.-Pf., von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit **20** R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile **25** R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind **spätestens** bis Nachmittag 2 Uhr einzuliefern
Belag-Exemplare kosten **10** R.-Pf.

№ 68. Memel, Freitag, den 21. März. **1879.**

Die augenblickliche Lage im Orient.

Man erinnere sich, durch welche Manipulationen es den Russischen Diplomaten gelang, die Separatfriedensverhandlungen mit der Türkei zu einer endlosen Kette von Willkürlichkeiten auszudehnen, und man halte fest, daß das heute bestehende Separatabkommen nichts weiter ist, als ein schlau berechnetes Zugeständniß an die Traktatmächte. In Wahrheit sind die Verhandlungen mit der Türkei noch zu keinem beruhigenden Abschluß gelangt. Die Kriegskostenentschädigungsfrage ist nur scheinbar durch den Separatfrieden begraben, denn fast unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen versuchte Rußland diese Frage, welche es durch den Vertrag selbst nicht lösen konnte, von Neuem akut zu machen, indem es unter den Gläubigern der insolventen Türkei die Priorität beanspruchte. Es ist dieser Umstand allerdings nicht von direkt eingreifender Bedeutung beziehentlich des Berliner Vertrages, obwohl selbst in dem fast unmöglichen Falle Russischer Vertragstreue dieser Punkt allein die Grundlage eines neuen Rencontres Rußlands mit England und damit der Europäischen Mächte bilden könnte. So lange England außer Oesterreich-Ungarn nicht nur das größte Interesse an der stricten Durchführung des Berliner Vertrages hat, und die leitenden Staatsmänner Englands geradezu ihre Ehre dafür eingesetzt haben, sondern so lange es sich auch berufen fühlt, das Protektorat über die Türkei zu beanspruchen, so lange erscheint es als ganz sicher, daß England sich gegenüber der Russischen Taktik in der Geltendmachung der Geldansprüche an die Türkei nicht ganz gleichgiltig verhalten kann.

Ist also hiermit schon genug Anhalt gegeben, um an die friedliche Entwicklung der Dinge im Orient nicht zu glauben, so ist die Russische Politik gegenüber dem Berliner Traktat selbst in noch weit höherem Grade bedenklich. In welcher Weise sich Rußland die Durchführung des Vertrages ausmalt, wurde neben anderen, unter dem Dunkel diplomatischer Künste schwerer erkennbaren Umständen, so recht grell durch die Arab-Tabia-Frage illustrirt. Der Graf Andrassy hat allerdings in einer Sitzung der Ungarischen Delegation die Erklärung abgegeben, daß diese Frage definitiv erledigt sei. Aber noch ist es ungewiß, in welchem Sinne und zu wessen Gunsten die Erledigung erfolgt ist. Es ist entschieden anzunehmen, daß die Signatarmächte ihrerseits sich nicht in Widerspruch gestellt haben werden mit den Entscheidungen der Grenzkommission, welche das Fort Arab-Tabia Rumänien zuerkannte. Bevor Rumänien indeß für sich den Schutz der Großmächte gegen Russische Vergewaltigung in Anspruch nimmt, wäre es nöthig, daß es sich selbst auf den Boden des Vertrages stellte. Die politische Gleichstellung der Confessionen in Rumänien war eine Forderung, welche Fürst Bismarck mit in die Vertragsbestimmungen hineinzog, und diese Forderung hat an sich gleiche Kraft zu beanspruchen als alle übrigen des Vertrages.

Die augenblickliche Stellung Englands ist äußerlich eine solche, daß es den Anschein gewinnt, als ob es von Rußland diejenigen Garantien gegeben sähe, welche das Englische Gewissen zu beruhigen im Stande sind. Die Stationirung der Englischen Flotte im Marmorameer vor den Thoren Konstantinopels war der energische Ausdruck des Willens Englands, daß er seine schützende Hand über die Türkei zu halten gedenke. Als der Russisch-Türkische Separatfrieden abgeschlossen war, behielt Admiral Hornby trotzdem seine Constantinopel beherrschende Stellung bei Die früheren Verhandlungen zwischen den Cabineten von Petersburg und London haben zur Genüge bewiesen, daß England die Rückkehr des Mittelmeergeschwaders in die Besika-Bai allein davon abhängig gemacht hat, daß Rußland seine Constantinopel bedrohende militärische Position aufgiebt. Es gewinnt indeß den Anschein, als ob die Räumung Südrumeliens nicht mit der Promptheit ins Werk gesetzt wird, als es Lord Lobanoff der Türkei beim Abschluß des Separatfriedens unbedingt zugesichert hat.

Um so überraschender kam die Nachricht, daß Admiral Hornby Befehl erhalten habe, sein Geschwader nach der Besika-Bai zurückzuführen. Gleichzeitig sprach man viel von der Reise des Russischen Botschafters in London, Grafen Schuwaloff, nach Petersburg und von seinem Besuch beim „ehrlichen Makler“. Es vergingen allerdings einige Tage, bevor die Nachricht des faktischen Rückzugs der Englischen Flotte aus dem Marmarameer eintraf, und die Erklärung dieser Zögerung durch Rücksichten der Courtoisie gegen den Sultan war etwas sehr gesucht. Eine Nachricht aus Constantinopel läßt jedoch kaum noch bezweifeln, das augenblicklich am Goldenen Horn nicht mehr die Englischen Fahnen wehen. Man muß aber festhalten, daß das Englische Mittelmeer-Geschwader ebenso schleunig und unerwartet seinen alten Stationsplatz im Marmarameer wieder aufsuchen kann, wie es ihn verlassen hat. Die Reise des Grafen Schuwaloff nach Petersburg bezweckt unzweifelhaft den Versuch der Herbeiführung versöhnlicher Stimmung, und man mag immerhin in dem Abzug der Englischen Flotte eine Absicht Englands erkennen, auch seinerseits Rußland eine loyale Haltung zu ermöglichen. Es kann demgemäß kaum überraschen, wenn jetzt von offiziöser Russischer Seite betont wird, daß die Beziehungen des Russischen und Englischen Cabinets sehr beruhigende seien. Wie viel auf solche Versicherungen gerade jetzt zu geben ist, mag durch die offenbar demonstrativ hervortretenden Versuche Rußlands, einen Keil in die Russisch-Deutsche Freundschaft zu treiben, illustrirt werden. Die Acquisition Englischer Unterstützung an Stelle Deutscher ist jedoch ebenso undankbar als sie für Rußland wünschenswerth erscheinen mag.

Wollte man wirklich in dem Abzug des Admiral Hornby die prompte Räumung Süd-Rumeliens von Russischen Truppen erblicken, so blieben noch viele andere Fragen offen. Die Russische Forderung auf Ausschließung Türkischer Militärhoheit über die Balkanpässe ist Englischerseits durchaus nicht annehmbar, und selbst die geringste Modifikation der Vertragsbestimmungen in dieser Hinsicht wird kaum die Billigung Englands finden. Zudem steht die amtliche Publikation des Schriftwechsels, der seit dem 26. Januar d. J. zwischen London und Petersburg stattgefunden hat, noch aus und damit die Erledigung der Englischen Beschwerden. Die Instruktion des neuen Englischen Botschafters in Petersburg dahin, daß er mit allem Nachdruck von Rußland die strengste Beobachtung sämmtlicher Vertragsbestimmungen zu fördern habe, kennzeichnet Englands Haltung ebenfalls zur Genüge. Klingt es schon in hohem Grade verdächtig, wenn eine Russische Correspondenz von Englands Nachgiebigkeit beziehentlich der Balkanpässe spricht, so ist die Vermuthung noch lächerlicher, England werde auch dagegen nichts haben, daß Rußland ganz entgegen dem Berliner Vertrage eine Vereinigung des neuen Bulgarischen Staates mit Ost-Rumelien anstrebt. Nimmt man hierzu noch die ungelöste Kriegskostenfrage und das Interesse, welches Lord Salisbury bei der Toquevilleschen Anleihe bewiesen hat, so ist es unzweifelhaft, daß Englands Stellung dieselbe ist, wie vordem und daß Rußland trotz alledem den Berliner Vertrag zu umgehen sucht, sei es auch unter Aufgabe der Freundschaft des „ehrlichen Maklers“.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 20. März.

Die Geschäftsordnungskommission **des Reichstages** beschäftigte sich am Dienstag zum ersten Male mit der Ungebühr-Angelegenheit. Die mehrstündige Sitzung wurde mit der Generaldebatte ausgefüllt, welche eine allgemeine Uebereinstimmung dahin ergab, daß eine Verfassungsänderung und ein gesetzgeberisches Vorgehen überhaupt nicht erforderlich sei. Mehrere Commissionsmitglieder waren der Ansicht, daß gerade neueste Vorkommnisse den Beweis geliefert hätten, daß eine Aenderung der bestehenden Geschäftsordnung ganz und gar nicht nöthig sei. Die Mehrheit der Kommission zeigte sich jedoch bereit, dem Reichstagspräsidenten die Befugniß zu ertheilen, einem Redner bei besonders gröblicher Ueberschreitung der parlamentarischen Grenzen ohne vorherige Verwarnung und ohne Rückfrage an das Plenum das Wort zu entziehen. Ueber die mittlerweile zu formulirenden Anträge wird die Kommission in kommender Weise sich schlüssig machen.

In **Oesterreich-Ungarn** sind alle Parteikämpfe verstummt, anläßig des gemeinsamen Unglücks. Es giebt dort jetzt nur eine Partei und ihr Programm heißt: „Hilfe für die Verunglückten von Szegedin.“ An die Spitze dieser Partei hat sich der Kaiser gestellt. Franz Joseph selbst ist nach Szegedin geeilt, um die Rettungs- und Hilfsarbeiten zu leiten. Die Kaiserin von Oesterreich verläßt nicht minder eilends Irland, wo sie sich zu ihrem Vergnügen aufgehalten, verläßt die Fuchsjagd im Irischen Hochland, um sich daheim in Ungarn den Opfern der Ueberschwemmung zu widmen.

Zur neuesten Mission des **Grafen Schuwaloff**, sowie an seine Besprechungen mit Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck knüpft man die Hoffnung, daß er in Petersburg seinen Einfluß geltend machen werde, um Rußland festzuhalten an der Politik der ehrlichen Ausführung des Berliner Friedens. Schuwaloff war es, der auf dem Berliner Congresse bei Kaiser Alexander die Zugeständnisse Rußlands vermittelte, die heimlich zu untergraben Fürst Dondukoff bemüht gewesen ist. Die Klagen Englands in der Note Salisbury's vom 26. Januar waren sehr beredt. Man konnte aus ihr beinahe einen neuen Conflict zwischen Rußland und England herauslesen. Inzwischen hat Rußland einigermaßen eingelenkt, seine Truppen sind auf dem Rückmarsch begriffen und in Folge dessen hat auch die Englische Regierung Befehl gegeben, daß ihre Flotte aus dem Marmara-Meer in die Besika-Bai zurückkehre. So hat sich die Spannung gemildert und Lord Dufferin hat den Auftrag erhalten, in Petersburg dem Russischen Kaiser die Befriedigung der Englischen Regierung über die Wendung der Dinge auszudrücken und dabei die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, daß Rußland auch die übrigen Bestimmungen des Berliner Friedens ausführen und seine Truppen bis zum 3. Mai ganz aus der Türkei zurückziehen werde.

Die Ablehnung des Antrages auf Verfolgung des Mai-Cabinets hat die in **Frankreich** herrschende Spannung der Gemüther nicht beseitigt. Auch in den Pariser Journalen herrscht noch dieselbe Confusion, welche vor der Abstimmung über die Prozeßfrage bemerkbar war. So wie es beinahe unmöglich ist, bei der Prüfung der beiden parlamentarischen Boten sich in dem Gewirre der Abstimmungen zurechtzufinden, so lassen sich auch die Urtheile der Journale nicht mit Genauigkeit je nach dem Parteistandpunkte gruppiren. Es geht nur als gemeinsamer Zug durch alle Blätter, daß sie in mehr oder weniger bestimmter Form allesammt die Ueberzeugung aussprechen, die Stellung der Regierung sei durch die letzten Abstimmungen keineswegs befestigt worden. Selbst das dem Cabinet sehr nahestehende XIX. Siècle findet, daß zwei Gefahren vorhanden sind: der Mangel an Autorität bei der Regierung und die Abwesenheit eines leitenden Einflusses in der Kammer. Die große Frage sei, wie lange das Ministerium Waddington noch dauere und durch welches lebensfähige Cabinet es ersetzt werden könne. Das genannte Blatt meint weiter, zum mindesten müsse das Cabinet einen andern Conseils-Präsidenten, welcher demselben größere Kraft zu geben vermag, und die Majorität der Kammer einen Führer und eine Disciplin erhalten. Die République Française erklärt, daß die Mehrheit ihr wohlberechtigtes Verlangen nach Vergeltung nicht dem Ministerium, sondern der Republik und dem Lande geopfert habe; an den Ministern sei es nun, zu beweisen, daß dieses schwere Opfer nicht vergebens gewesen sei. Das Cabinet müsse handeln, um seinen Einfluß wieder zu gewinnen.

In Konstantinopel erhält sich mit großer Hartnäckigkeit das Gerücht, daß Frankreich den Verkauf der **Insel Kreta** an Griechenland bei der Pforte vermittle und dabei für sich den Erwerb einer Schiffsstation auf Kreta als Maklerlohn beanspruche. Noch gestern erklärte der Konstantinopeler Korrespondent der Times dieses Gerücht schlechtweg als Unsinn, heute deutet er es als Ausfluß einer Intrigue, welche darauf berechnet wäre, Khaireddin Pascha zu stürzen. Der Fremdling aus Tunis hat ohnedies Sorgen genug; kürzlich erst richtete er an Herrn v. Tocqueville die Mittheilung, daß, wenn die am 14. d. M. fällig gewesene erste Rate des der Pforte zu leistenden Vorschusses im Betrage von 50 Millionen Francs nicht innerhalb vier Tagen gezahlt werden sollte,

die Tocqueville'sche Convention null und nichtig sein würde, selbst wenn Britische und Französische Zollcommissäre ernannt werden sollten. Feinde ringsum und kein Geld — fürwahr, der arme Khaireddin ist beinahe zu bemitleiden

Die **Bulgarische National-Versammlung** lenkt in ein sichtlich ruhigeres Fahrwasser ein. Die Differenz bezüglich der Zulassung des Russischen Consuls in Sofia, Herrn Davidov, in die internationale Controls-Commission für Bulgarien ist geschlichtet worden. Davidov unterschrieb das Protokoll der Sitzungen der National-Versammlung und die Commissäre von England und Italien ließen dies geschehen. Die Commissäre von Oesterreich und der Türkei, die sich seiner Zulassung widersetzt hatten, gaben schließlich nach.

Zur **Englisch-Birmanischen Verwickelung** wird den „Daily News" unterm 16. d. aus Rangun gemeldet: „Theebau, der König von Birma, ist in Folge Trunkes und aus Furcht wahnwitzig. Es wird für wahrscheinlich erachtet, daß eine Gesandtschaft und ein Ultimatum an ihn gesendet werden. Es herrschen große Befürchtungen. Das 54. und 19. Regiment eingeborener Truppen sind angekommen. Das 43. und zwei andere Regimenter werden morgen eintreffen und nächste Woche an der Grenze aufgestellt werden. Es werden Unruhen in Rangun befürchtet; man wünscht eine Annexion."

Deutsches Reich.

≃ **Berlin**, 19. März. [Der Reichstag] setzte heute in der 22. Plenarsitzung die zweite Berathung des Etats fort. Bei Titel 2 des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern (Rübenzuckersteuer) wünscht Abg. Richter (Hagen) eine Aenderung des Veranlagungsmodus. Man nehme immer noch an, daß 12½ Ctr. Rüben zur Herstellung eines Centners Zucker genüge, während die vorgeschrittene Technik nur 11½ Ctr. brauche; dadurch werde die Reichskasse zu Gunsten einiger Fabrikanten geschädigt. Commissar Huber führt dagegen aus, daß die Zahl 12½ als Durchschnittsziffer immer noch genüge und Abg. Dr. Lucius bittet den Abg. Richter, sich mit statistischem Material zu versorgen, wenn er die Regierung angreifen wolle; diese Art von Etatsberathung müsse aufhören. In der weiteren Diskussion erklärt sich noch Abg. Oechelhäuser für Beibehaltung der gegenwärtigen Besteuerungsart, worauf Titel 2 genehmigt wird. Bei Titel 3 (Salzsteuer) fragt Abg. Richter (Hagen), ob die Regierung nicht bald die „irrationelle" Salzsteuer aufheben wolle. Minister Hofmann erklärt, die Regierung würde diese Frage nach Regelung der anderen Steuerprojekte in Erwägung ziehen, worauf Herr Lasker betont, er hätte eine ernstere und positivere Antwort erwartet. Nach kurzer Replik des Ministers wird Titel 3 genehmigt, ebenso Titel 4 (Tabaksteuer). Bei Titel 5 (Branntweinsteuer) klagt Abg. Schneegans über Wirkung und Handhabung des Branntweinsteuergesetzes in den Reichslanden; Unterstaatssecretär Herzog betont dem gegenüber die gute Wirkung jenes Gesetzes; speziellen Beschwerden werde man abhelfend entgegentreten. Titel 5 und Titel 6 (Brausteuer) werden angenommen. Bei Titel 7—9 (Aversa für die außerhalb der Zollgrenze liegenden Gebietstheile des Reichs) fragt Abg. Dr. Gareis, ob die Regierung eine Erhöhung der Aversa beabsichtige. Director Michaelis kann keine positive Auskunft ertheilen. Abg. Dr. Delbrück führt aus, daß man den „Schutz der nationalen Flagge" nicht durch Beschränkung des Verkehrs erstreben dürfe. Der Rhedereiverkehr werde durch eine Erhöhung der Aversen wesentlich geschädigt. Minister Hofmann bemerkt, daß das System der Gegenseitigkeit zwischen den Nationen zum Schaden Deutschlands mehrfach durchbrochen sei; daß da, wo dies geschehen, wohl eine Aenderung eintreten könne, ohne der Rhederei Schaden zu bringen. Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) betont die Nothwendigkeit des freien Verkehrs und weist auf Frankreich hin, das durch sein „droit de pavillon" seine Rhederei zerstört habe. Nach längerer theilweise abschweifender Debatte wird Titel 7—9 genehmigt. Das Haus genehmigt darauf den Etat der Marineverwaltung nebst sämmtlichen, von der Budgetkommission vorgeschlagenen Abstrichen, den Etat der Spielkarten- und Wechselstempelsteuer, der Eisenbahnverwaltung und des Münzwesens nach kurzen Debatten. Morgen 12 Uhr: Etat, Wahlprüfungen.

Der Deutsche Fischerei-Verein hält seine nächste allgemeine Versammlung am Montag, den 31. d. Mts., Abends 7 Uhr, im Bürgersaale des Neuen Rathhauses ab und hat hiezu auch die Mitglieder des Reichstages eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung stehen zunächst geschäftliche Mittheilungen. Dann wird der Vorsitzende dieses Vereins, Abg. v. Behr-Schmoldow einen Rückblick auf die Vereinswirksamkeit während des verflossenen Jahres geben, an dem sich ein Vortrag über „Feinde der Fische" von Dr. Freiherrn v. Valette St. George, Professor an der Universität Bonn und ein Vortrag über „Volkswirthschaft und Fischerei" des Privatdozenten an der Universität Königsberg, Dr. G. Seidlitz schließen werden. Die Neuwahl des Vorstandes wird den Schluß der Verhandlungen bilden.

Die „Prov.-Corresp." bespricht die neuesten Vorgänge in den inneren Angelegenheiten Frankreichs und kommt hierbei zu folgendem Schluß: „Die inneren Verhältnisse Frankreichs haben in dem Verlaufe der letzten beiden Monate insofern eine wesentliche Veränderung erfahren, als die leitende und entscheidende Kraft in der republikanischen Mehrheit nicht mehr innerhalb der gemäßigten Parteien, namentlich des linken Centrums, sondern im Kreise der alten demokratischen Republikaner liegt und sich da mit größerer Entschiedenheit geltend macht. Unter den obwaltenden parlamentarischen Verhältnissen ist es höchst fraglich, ob es dem Minister Waddington gelingen wird, wieder festen Boden zu gewinnen, so großen Werth der Präsident der Republik unzweifelhaft auf seine Erhaltung im Amte legt, auch um des Vertrauens willen, welches Waddington in Bezug auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in ganz Europa genießt."

△ **Berlin**, 19. März. Dem Reichstage ist eine Uebersicht der seit dem Jahre 1873 im Extraordinarium der Marineverwaltung verwendeten und der zur Durchführung des Flottengründungsplans noch erforderlichen Summen zugegangen, dem wir die folgenden Daten entnehmen. Nach dem Flottengründungsplan vom Jahre 1873 sollten überhaupt bis zum Jahre 1883 für Marine zwecke 218,437,500 Mk. zur Verwendung gelangen. Es sind bis einschließlich 1877/78 insgesammt 119,258,024 Mark (darunter für Schiffbau 51,682,683 Mk.) zur Verwendung gelangt und es sind zur Durchführung des Flottengründungsplanes mit Einschluß einiger in demselben nicht vorgesehenen Ausgaben noch erforderlich 116,190,624,69 Mk., so daß gegen den Gründungsplan mehr erforderlich werden 17,014,148,98 Mk. — Aus der, der Uebersicht beigegebenen Nachweisung über den Neubau von Schiffen geht hervor, daß am 1. April 1879 sich noch im Bau befinden werden: 3 Panzerkorvetten, 4 Panzerkanonenboote, 2 Korvetten, 3 Avisos und 1 Artillerieschiff, und außerdem würden zur vollständigen Durchführung des Planes noch zu erbauen sein: 1 Panzerkorvette. 4 Panzerkanonenboote und 2 Korvetten. Nach dem Flottengründungsplan war ferner der Bau von 5 Monitors, 2 schwimmenden gepanzerten Batterien und von 20 Torpedofahrzeugen in Aussicht genommen. Die Marineverwaltung hat jedoch von dem Bau der Monitors, die hauptsächlich zur Vertheidigung der Jahde-, Weser- und Elbemündungen dienen sollten, wegen der für dieselben erforderlichen Größe und der dadurch bedingten Kostspieligkeit, namentlich aber mit Rücksicht auf die inzwischen stattgehabten Entwickelungen des Torpedowesens, speziell der Angriffstorpedos, Abstand genommen und an Stelle derselben den Bau kleinerer, mit einem sehr schweren Geschütz bewaffneter, stark gepanzerter Fahrzeuge von großer Beweglichkeit, in Aussicht genommen Diese letzteren Fahrzeuge sollen namentlich befähigt sein, im Verein mit Torpedos Küstenstrecken und Flußmündungen wirksam zu vertheidigen, kleine Expeditionen in der Nähe der heimathlichen Hafenplätze und Gewässer auszuführen und bei überlegenen feindlichen Angriffen auf niedrige Wassertiefen zurückzugehen, wohin feindliche Schiffe mit größerem Tiefgange nicht mehr folgen können. Außerdem bieten sie gegen die Monitors noch den Vortheil dar, daß die Kampfmittel mehr vertheilt werden können und der Verlust eines solchen Fahrzeuges sehr viel weniger ins Gewicht fällt, als das eines Monitors. Die Herstellungskosten von 13 Panzer-Kanonenbooten sollen, abgesehen von der Armirung, die Grenzen der für 5 Monitors ausgeworfenen Geldmittel nicht überschreiten. — Ebenso ist von dem Bau der beiden schwimmendeu Batterien mit Rücksicht auf die inzwischen gewonnenen Erfahrungen über die Wirksamkeit der Angriffstorpedos Abstand genommen worden. Auch die Zweckmäßigkeit des Baues selbstständiger Kriegs-Fahrzeuge ist in Folge der Entwickelung des Torpedowesens in Frage gestellt. Gegenwärtig sind Versuche darüber im Gange, ob es militärisch und ökonomisch nicht richtiger sei, die Verwendung der Fischtorpedos direkt auf die vorhandenen Kriegsschifftypen zu übertragen, bezw. die Kriegsschiffe mit irgend für diesen Zweck konstruirten Torpedobooten auszurüsten. — Die gesammteu für den Schiffbau einschließlich der Torpedo-Armirung aufzuwendenden Mittel werden sich auf 110,952,000 Mk. stellen.

Frankreich.

kl. **Paris**, 17. März. Der Protest gegen die Brandmarkung, welche von der Majorität der Deputirtenkammer über das Kabinet vom 16. Mai verhängt worden, hilft den Mitgliedern dieses Kabinets in der öffentlichen Meinung herzlich wenig. Es mag richtig sein, daß die Competenz der Kammer zu einem solchen indirekten Urtheilsspruch fraglich ist, damit ist aber an der Thatsache nichts geändert, daß dieser indirecte Urtheilsspruch nur ein Ausdruck der öffentlichen Meinung ist. Dieser Ausdruck mag formell ungerechtfertigt sein, — eine Wahrheit enthält er darum doch. Wenn die Herren Broglie, Fourtou und Genossen höhnisch darauf hinweisen zu dürfen glauben, daß von 500 Mitgliedern nur 217 zu dem brandmarkenden Votum sich vereinigt haben, so vergessen sie ganz, daß die äußerste Linke diesem Votum nur deshalb nicht beitrat, weil es zu gelinde war. — Herr Waddington ist des Präsidiums müde. Ihm fehlt zur Ausfüllung dieses Amtes die in Frankreich unerläßliche Redegewandtheit. Am liebsten würde er wohl das Conseilpräsidium niederlegen und sich mit dem Ressort des Auswärtigen begnügen. Auch in den maßgebenden Kreisen würde man es gern sehen, wenn er an der Spitze der auswärtigen Geschäfte bliebe, die er mit Geschick und Würde zu leiten verstand. Andererseits spricht man davon, daß Gambetta die Ministerpräsidentschaft übernehmen soll. Es fragt sich jedoch, ob Gambetta geneigt ist, seine jetzt neutrale Stellung aufzugeben, um sich der Gefahr der Abnutzung auszusetzen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 19. März. Heute fand eine Sitzung des Verwaltungsraths der Disconto-Gesellschaft statt, in welcher über die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Der Gewinn beträgt ca. Mk. 8,090,000, wovon ca. Mk. 685,000 für Verwaltungskosten abgehen, und Mk. 2,400,000 für die auf die Commandit-Antheile bereits bezahlte Abschlagsdividende von 4pCt. in Anrechnung kommen. Aus dem Restgewinn soll den Kommanditären eine Superdividende von 2½ pCt. gewährt und ein Betrag von ca. 2,811,000 reservirt werden. Nach Anhörung der Bilanz-Revisions-Kommission erklärte sich der Verwaltungsrath mit diesen Vorschlägen einverstanden und setzte den Termin der ordentlichen Generalversammlung auf den 21. April fest.

Frankfurt a. M., 19. März. Ein gestern Abend unter dem Dache des Coulissenhauses des Stadttheaters ausgebrochenes Feuer wurde sofort wieder gelöscht, der Schaden ist ein unerheblicher, es sind nur einige Balken verkohlt und mehrere Coulissenstücke verbrannt.

Pest, 19. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses sprach sich der Ministerpräsident Tißa gegen die hinsichtlich der Katastrophe in Szegedin eingebrachten Anträge auf Entsendung von Reichstagsausschüssen aus, indem er hervorhob, daß das Erforderliche schnell verfügt werden müsse. Die Regierung werde nach Anhörung ausländischer Experten dem Hause Vorschläge unterbreiten. Alle bezüglichen Anträge wurden hierauf abgelehnt.

Petersburg, 19. März. Der Londoner „Standard" sieht sich gemüssigt, die Nachricht zu verbreiten, daß die Russische Regierung beschlossen haben solle, die Coupons der Inneren und äußeren Schuld zu besteuern. Diese Nachricht ist völlig erfunden und es kann dieser entschiedensten Verneinung obiger Nachricht des „Standard" hinzugefügt werden, daß es ein unumstößlicher Grundsatz für die Russische Verwaltung bleibt, nirgends dem Russischen Staatsgläubiger durch Steuern oder auf indirekem Wege die Benefizen zu entziehen, die ihm beim Kreditgeben zugesagt worden sind.

Moskau, 19. März. Von den Deutschen Delegirten haben Professor Hirsch und Dr. Küssner gestern Wetljanka verlassen, um sich zunächst in Samianowskaja der Quarantäne zu unterziehen, während Dr. Sommerbrodt noch in Wetljanka verbleibt.

Paris, 19. März. Das „Journal officiel" veröffentlicht ein Dekret, durch welches das s. Z. erlassene Verbot der Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh und Schaafvieh aus Deutschland und Luxemburg wieder aufgehoben wird.

— Die Gerüchte, daß der Ministerpräsident Waddington von seinem Posten zurücktreten werde und daß in der seitherigen Zusammensetzung des Cabinets Modificationen eintreten würden, werden von der „Agence Havas" als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. — Der neu ernannte Botschafter in Petersburg, General Chanzy, reist heute Abend nach Petersburg ab, um seine Beglaubigungsschreiben noch vor der Abreise des Kaisers Alexander nach Livadia zu überreichen.

London, 18. März. Unterhaus. Schatzkanzler Northcote erklärte auf eine bezügliche Anfrage, der Regierung sei keine Mittheilung darüber zugegangen, daß ein Ultimatum an den König von Birma abgesendet worden sei. — Im Fortgange der Sitzung wurde ein Antrag Cartwright's auf Einsetzung eines Ausschusses zur Berathung der neuen Zölle angenommen, nachdem die Regierung diesem Antrage beigestimmt hatte. Im Laufe der Debatte erklärte Unterstaatssecretär Bourke, Modifikationen der Zölle seien möglich, doch müßten dann auch andere Länder außer Spanien berücksichtigt werden; außerdem sei hierbei auch auf die Behandlung Bedacht zu nehmen, die der Englische Handel in anderen Ländern finde.

Kopenhagen, 19. März. „Dagens Nyheder" zufolge hätte die Deutsche Regierung auf eine bezügliche Anfrage der Dänischen geantwortet, sie betrachte die Nordschleswigsche Frage durch den Traktat vom 11. Oktober v. J. als definitiv erledigt.

Bern, 19. März. Nach einer Mittheilung des „Bund" wird Ende dieses Monats eine Konfereuz der Gotthardbahnstaaten zur Prüfung des Finanzausweises des Gotthardbahn-Unternehmens zusammentreten.

— Entgegen dem Antrage, die Berathung der Vorlage wegen Wiedereinführung der Todesstrafe zu verschieben, beschloß der Ständerath in seiner heutigen Sitzung mit 25 gegen 16 Stimmen sofort in die Debatte über diese Vorlage einzutreten. Dieser Beschluß ist für die Anhänger der Todesstrafe günstig.

Brüssel, 19. März. Die Repräsentantenkammer hat das gesammte Budget für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluß der Position für die Belgische Gesandtschaft beim Vatikan einstimmig angenommen.

Tirnowa, 19. März. Die Notabelnversammlung hat einstimmig eine Adresse angenommen, in welcher dem Kaiser Alexander Dank abgestattet und zugleich auf die Wichtigkeit einer Organisirung Bulgariens, sowie auf die augenblickliche unsichere Lage des Landes hingewiesen wird.

Konstantinopel, 18. März. In Folge der in Slivno stattgehabten Demonstrationen gegen den Finanzdirektor Schmidt hat General Stolipin durch die Bulgarische Miliz mehrere Verhaftungen vornehmen lassen.

Washington, 18. März. Die außerordentliche Session des Kongresses ist heute eröffnet worden, als Sprecher wurde Randall wiedergewählt. Eine Botschaft des Präsidenten Hayes ist der Repräsentantenkammer bis jetzt nicht zugegangen.

Von der Marine.

□ **Kiel**, 17. März. Nach einer Bekanntmachung der Admiralität vom 12. d. M. sollen vom 1. April d. J. ab auch Zeitungen unter Kreuzband an Personen der Besatzungen solcher Kriegsschiffe, welche sich außerhalb der heimischen Gewässer befinden, zur Beförderung durch Vermittelung des Marine-Postbureaus in Berlin zugelassen werden. Für derartige Sendungen ist, ohne Rücksicht auf den Rang des Empfängers und den jeweiligen Aufenthalt des Schiffes, an Porto allgemein der Betrag von 5 Pf. für je 50 g oder einen Theil von 50 g vom Absender bei der Einlieferung zu entrichten. Die Aufschrift der Sendungen muß enthalten: den Grad und die dienstliche Eigenschaft des Empfängers oder das Amt, welches derselbe in der Marine bekleidet, ferner den Namen des Schiffes, an dessen Bord der Empfänger sich befindet, sowie die Angabe: „Durch Vermittlung des Hof-Postamts in Berlin". Die Einschreibung ist bei den solchergestalt zu befördernden Zeitungen nicht gestattet. Das Marinepostbureau nimmt von den ihm zugehenden Zeitungssendungen an Personen der Schiffs-Besatzungen die Streifbänder fort und sendet die Zeitungen in Packten unter Band bis zum Meistgewicht von 2 kg an die Commandanten der einzelnen Schiffe ab. Um die richtige Zustellung der Zeitungen nach Maßgabe der Aufschriften zu ermöglichen, wird für jedes Schiff ein Verzeichniß angefertigt, in welchem die einzelnen Zeitungen nach Benennung, Nummer und Datum näher bezeichnet und der Absendungs-Ort und der Empfänger ersichtlich gemacht sind. Die betreffenden Verzeichnisse werden in die Brief-Packete für die einzelnen Schiffe eingeschlossen. Die Vertheilung der Zeitungen an Bord ist nach Maßgabe der qu. Verzeichnisse zu bewirken.

Locales.

Memel, den 20. März.

= [Theater] Morgen (Freitag) beschließt Herr Director Lincke seine Vorstellungen mit Dampf, d. h. mit „Dampfkönig", dem spannenden phantastischen Zeitbilde von H Wilken, das, wie auf allen anderen Bühnen, wo es zur Aufführung kam, auch bei uns höchst beifällig von dem Publikum aufgenommen wurde. Wenn das Stück im zweiten und dritten Aufzuge den unverkennbaren Stempel der Berliner Posse trägt, so sind doch die übrigen Acte hoch poetisch gehalten und dürfen selbst einen Vergleich mit den Raimund'schen Dichtungen ähnlicher Art nicht scheuen. Die Musik von Conradi, stellenweise sich melodramatisch der Handlung anschmiegend, ist reich an hübschen Melodien und hat neben einigen witzigen Couplets auch etliche äußerst ansprechende Lieder ernsten wie heiteren Genres. Die Direktion hat viel für die Ausstattung gethan und auf die Inscenirung war sichtlich großer Fleiß verwendet, denn auch die sonst oft so verhängnißvollen Versenkungs-Scenen gingen glatt von Statten. — Herr Director Lincke war als König Mammon eine würdige, imponirende Erscheinung, eben so gut in der Declamation, wie im Gesange, und seine 10 Kinder Null bis Neun ganz anmuthige Feengestalten, selbst die böse Sieben Von den Geld-Genien war Herr Mügge (Pfennig) die hervorragendste Figur. Der zweite Act, welcher uns in eine recht unheimliche irdische Sphäre, in eine von einem Wucherer etablirte Leihanstalt versetzte, bot Herrn Trendies Gelegenheit, sich wieder einmal als Characterspieler so recht zu zeigen, und führte er seine Rolle auch bis zu Ende in allen Wandlungen in anerkennenswerthester Weise durch. Dasselbe müssen wir von den Herren Fritz, Brüggemann, Mügge und Fräulein Horny sagen, aber auch die Herren Görner (Zadder) und Klinder (Felix Stern) waren in ihren heitern Rollen vortrefflich. Es ist eine hübsche Idee des Dichters die beschwichtigenden Schlußscenen im letzten Acte am Weihnachts-Heiligen-Abende spielen zu lassen und verfehlt das betreffende Arrangement seine Wirkung auf das angenehm überraschte Publikum nicht. — Herr Lincke nimmt mit diesem hübschen Stücke einen recht freundlichen Abschied von den Memelern — möchten dieselben heute zu guter Letzt recht zahlreich im Theater erscheinen.

—h. [Handwerker-Verein.] In dem am 17. d. M. in der Versammlung des Vereins gehaltenen Vortrag über die künftige Deutsche Gerichtsverfassung sind die dereinst anzustellenden Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher (jetzt Secretäre und Executions-Inspectoren) als Unterbeamte genannt. Die bezeichnete Beamtenkategorie gehört indeß im Sinne des Gesetzes zu den „Subaltern-Beamten", von welcher Gymnasialbildung beansprucht wird, während „Unterbeamte" aus versorgungsberechtigten Militärpersonen niedern Grades gebildet werden. Da der Vortragende ein Laie gewesen, wird man ihm diesen faux pas zu Gute halten.

—h [Havarie] Das am Sonntage mit Holzwaaren ausgegangene hiesige Barkschiff „Witch", Capt. Krause, ist heute in den hiesigen Hafen zurückgekehrt, weil es einen Leck erhalten und 7½ Fuß Wasser im Raum hat. Die Ladung wird gelöscht.

* [Dampfer Marienburg.] Wie wir schon am Mittwoch in einem Telegramm aus Kopenhagen mittheilten, ist der Dampfer „Marienburg" welcher bekanntlich seit dem letzten Herbst bis vor einigen Wochen die Fahrten zwischen Memel und Rotterdam unterhielt, im Kattegat gesunken. „Marienburg", zur Rhederei der Schifffahrts-Aktien-Gesellschaft (Alex Gibsone) in Danzig gehörig, ist im Jahre 1873 mit einem Kostenaufwande von 419,400 Mk. in Schottland gebaut. Sein Buchwerth betrug am 1. März d. J. 309,465 Mk und war das Schiff mit 290,000 Mk. versichert. Er hat der Actiengesellschaft in dem Geschäftsjahr 1878/79, einem Danziger Blatt zufolge, einen Gewinn von 28,14 Mk. per Register-Tons gebracht.

—h [Der Ausverkauf bei Concursen] ist zu einer erdrückenden Calamität für die noch bestehenden Geschäfte geworden. Derselbe mag in früherer Zeit, als ein Fallissement noch Aufsehen erregte, nicht von besonderer Tragweite gewesen sein, heute aber, wo der Sturz der Geschäfte an der Tagesordnung und leider etwas ganz selbstverständliches ist, wird der sogenannte „gerichtliche Ausverkauf" zu einem Krebsschaden, der gesunde Zustände nicht mehr aufkommen läßt. Das Publikum bezahlt bei diesen Ausverkäufen die Waaren baar und kauft darum etwas billiger, im Uebrigen wird aber ruhig auf Credit entnommen, was natürlich wieder den Kaufmann zum Credit und theurern Einkauf zwingt. Die Ausverkäufe machen denselben übrig und den ernstlich und ehrlich weiter strebenden Kaufmann geschäftstodt, so daß auch er schließlich das Buch zuzumachen gezwungen ist. Der Gemeinschuldner muß zuvor accordiren und mag dann den Detailhandel gegen „baar" beginnen, der dann freilich nicht mehr unter dem Titel „Gerichtlicher Ausverkauf" betrieben werden darf, für das Publikum also seinen anziehenden Reiz verliert. Zu einer Aenderung dieses unheilvollen Zustandes ist durchaus keine Gesetzesvorlage, sondern nur eine Vereinbarung zwischen den Massenverwaltern und dem Concursrichter nothwendig, welche anzubahnen diese Zeilen bezwecken. Die von mancher Seite ausgesprochene Befürchtung, daß die Verwalter und das Gericht ein zu erhebliches Interesse an den Fallissements haben, um den gerügten Uebelstand zu beseitigen, müssen wir geradezu als ungerecht zurückweisen, ein so egoistischer Gedanke darf den genannten Factoren unter keinen Umständen imputirt werden.

[300 Packete und nur 8 Minuten.] Wir lesen in der „Tilf. Ztg.": Als am vorigen Sonntag der Nachmittagszug von Insterburg in Tilsit eintraf, war eine solche Menge Packete zu bewältigen, daß die Beamten mit den 8 Minuten Aufenthalt stark ins Gedränge kamen. Die Packete mußten in geflügelter Eile gezählt und geworfen werden und nach dem Wurf glich die Papierumhüllung manches Packets einer zerschossenen Fahne. Nur die sorgfältigste und solideste Verpackung leistete Widerstand. Immer näher rückte die Abfahrtszeit, immer rascher flogen die Packete. Da gab die Glocke das Signal zur Abfahrt. Noch waren viele Packete für Tilsit auszuladen und für Memel einzuladen. Doch der Zug wartete nicht länger. Memeler Packete mußten zurückbleiben und Tilsiter Packete die unfreiwillige Fahrt bis Pogegen mitmachen, um erst mit dem Abendzuge wieder an ihren Bestimmungsort Tilsit zurückzukehren. Auch ein Beamter mußte die unfreiwillige Fahrt nach Pogegen mitmachen, nun die Packete im Auge zu behalten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 20. März.

Geboren: dem Fleischer Alexander Butzlaff eine Tochter.

Aufgeboten: Arbeiter Mathias Bienskowski mit Schiffszimmermanns-Wittwe Charlotte Böhnke geb. Pawelzick.

Gestorben: Königl. Dampfschiffsführerfrau Anna Müller geb. Alexander, 42 Jahre alt; Stauerfrau Henriette Kendschorra geb. Vollert, 51 Jahre alt.

Familien-Nachrichten

Verlobt: Fräul. Martha Gabriele Pessier mit Herrn Emil Heintze in Königsberg, Fräul. Franziska Jacoby in Rastenburg mit Herrn Moritz Zucker in Königsberg, Fräul. Elise Neumann in Böttchershöfchen mit Herrn Carl Weiße in Königsberg.

Geboren ein Sohn: Herrn Theodor Thiel in Königsberg, Herrn Theden in Sybiutten, eine Tochter: Herrn Richard Teucke n Birkenhof.

Gestorben: Herr Post-Praktikant August Treskatis, Frau Louise Plagentz, geb. Anhalt, Herr Major a. D. Adolph v. Portatius in Königsberg.

Fremden-Report.

British-Hotel Kaufl. E. Röficke, Fettbach und Tobias aus Berlin, Caspary aus Königsberg.

Victoria-Hotel Kaufl. R. Korber aus Grünau bei Berlin, Basch aus Berlin, Hotelbesitzer Lundschein aus Neukirch.

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Schiffsnachrichten.

Nummer Fünf — Kuhtz — Cardiff, 14.3 Kopenhagen; löscht hier.

Amtliche Börsen-Fracht-Notirungen.

20. März. London 11 sh. 6 d. per Load Balken.
Stettin Mark 11 per last Dielen.
Antwerpen 2 sh. 9 d.
London 2 sh 6 d. } per 500 Pfd. Weizen.
oder
Ostküste Englands 2 sh. 3 d.
Ost-Norwegen Mark 22 per 5000 Pfd Roggen.
Holland fl. 17 per 2400 Kilo Weizen.

Berliner Cours-Depesche.

Börse: Schluß besser.

	März 19. R.-Mk.	März 20. R.-Mk.
Roggen behauptet April-Mai	121	121
Roggen September-Oktober	126,50	126,50
Hafer April-Mai	115,50	115,50
Petroleum loco	20,80	20,80
Spiritus loco	51,20	51,20
4½% Consolidirte Preußische Anleihe	105,20	105,20
4½% Ostpreuß. Pfandbriefe	102	102
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	147,90	148,10
Russisch-Englische Anleihe von 1872	84,90	84,90
Russ. Noten	198,85	198,50
Petersburg, 100 S.-R. 3 Monate	198,10	197,30
Amsterdam 100 fl. 2 Monate	168,35	168,20
London, 1 Lstr. 3 Monate	20,38	20,38
London, 1 Lstr. 8 Tage	20,49/5	20,49/5
Belgische Plätze 100 Francs 2 Monat	80,65	80,65

Telegraphischer Wetterbericht für die Ostseehäfen.

Donnerstag, den 20. März.

Stationen.	Barometer. mm.	Wind.	Wetter	Temperatur. Cels.	Bemerkungen.
Memel	762,8	WNW. 2	bedeckt	0	Seeg. leicht bew.
Neufahrwasser	763 9	still	heiter	— 3	
Swinemünde	762,5	ONO. 2	do.	— 1	Seegang ruhig.
Kiel	762,4	do. 2	bedeckt	— 1	
Skagen	765,3	NO. 3	wolkig	0	do.
Kopenhagen	763,8	ONO. 2	do.	0	
Bornholm	763,1	NO. 2	do.	+ 1	
Stockholm	763,3	NNW. 4	heiter	— 3	
Riga	760,8	SW. 1	wolkig	— 6	

Uebersicht der Witterung.

Barometer Nordwesten gestiegen, Südosten gefallen. Winde allgemein schwach; von Pommern und Skagerak bis Kanal nordöstlich; Temperatur wenig verändert.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

(Eingesandt.)

Kaiser Wilhelm.

Kennt Ihr den besten Herrschergreis?
Er sitzt auf Deutschlands Thron,
Gar siegesfroh im Lorbeerreis
Der Hohenzollernsohn.
Stets lieb und gut erblickt man ihn,
Wo man ihn immer seh' —
In seiner Residenz Berlin,
Am grünen Strand der Spree.

Der Greis im silberweißen Haar,
Leutselig, treu und mild,
Der tapfere, stolze Preußen-Aar,
Des Deutschen Reiches Schild,
Mit feur'gem Schwerdt ein Cherubim
Wehrt er des Franzmann's Näh —
Von seiner lieben Stadt Berlin,
Vom grünen Strand der Spree.

Was schon als Jüngling er begann,
Den Kampf für's Vaterland,
Als Greis er noch den Sieg errang
Die Waffe in der Hand;
Voran thät er zu Felde ziehn
Der stolzesten Armee,
Zum blut'gen Kampf für sein Berlin,
Am grünen Strand der Spree.

Mit jugendlichem Kampfesmuth
Brach er des Corsen Macht,
Errichtete in Fränk'schem Blut
Deutschland in alter Pracht.
Und ein Triumphzug führte ihn
Mit Jubel zu Palais —
Nach seiner treuen Stadt Berlin,
Am grünen Strand der Spree.

Am stolzen Stamm der schönste Zweig
So strebt er himmelan;
Umsonst Ihr Feinde müht Ihr Euch
Zu hindern seine Bahn.
Des Volkes Liebe stützet ihn
Auf seines Ruhmes Höh'!
In seiner Residenz Berlin,
Am grünen Strand der Spree

Viel tausend Herzen schlagen ja
Für ihn in stolzer Lust,
Viel tausend Lippen flehen da
Zu Gott aus treuer Brust:
„Ach lieber Gott, beschütze ihn
Noch lang' vor Unglücks Näh'" —
In seiner Residenz Berlin,
Am grünen Strand der Spree.

. . . w. . . .

M **Festl. i I. u. Tafell.** d. 22. c., Ab. 7 U.

Heute Abend 7 Uhr starb in Tilsit meine liebe Tochter Thusnelde nach längerm Krankenlager. In meinem und ihrer Geschwister Namen diese Anzeige allen Theilnehmenden.
Thusnelde Gleinig, geb. Muttray.
Memel, den 19. März 1879.

[Todes-Anzeige.] Am 19. d. entschlief sanft nach langem Krankenlager und schweren Leiden meine innig geliebte Frau und unsere liebevolle und gute Mutter Anna, geb. Alexander, in ihrem noch nicht vollendeten 43. Lebensjahre. Diese so schmerzhafte Nachricht allen Freunden und Bekannten.
Der trauernde Gatte
H. E. Müller nebst 2 Söhnen.

3. Sterbefall pro 1879. Ad Abth. A. ist am 19. März die Schneidemüller-Wittwe E. Richter gestorben.

Credit-Verein.
Vorstandssitzung: **Freitag, 21. d., 5 Uhr.**

Theater-Anzeige.
Freitag, den 21. März, letzte Vorstellung in dieser Saison. Zum zweiten Male: „Dampfkönig."
Ich bitte, die Dutzend-Billets Freitag gütigst einzubringen.
H. Lincke.

Restaurant de Passage.
Heute und folgende Tage Auftreten meiner neu engagirten **Damen-Kapelle.**

Memeler Credit-Verein.
Eingetragene Genossenschaft.
Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Zuschreibung der Dividende im Bureau einreichen zu wollen.
Der Vorstand.
L. Schlaffhorst sen. Löschée.
F. W. Siebert.

Gymnasium.
Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs, **Sonnabend, den 22. März,** Morgens 10½ Uhr, beehre ich mich die Gönner und Freunde des Schulwesens hierdurch ergebenst einzuladen.
Prof. Dr. E. Grosse, Director.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers findet **Sonnabend, den 22. d. Mts.,** Vormittags 9½ Uhr, in der St. Johannis-Kirche ein öffentlicher Gottesdienst statt.
Der Gemeinde Kirchenrath zu St. Johannis.

Sanssouci.
Zum Geburtstag **Sr. Majestät des Kaisers**
Sonnabend, den 22., Abends 8 Uhr,
Großes Essen,
Leber- und Blutwurst, eigenes Fabrikat, **Schweineknöchel, abgekochtes Bauchstück** 2c. 2c.

Bellevue.
Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs **Sonnabend, den 22. März Kränzchen,** wozu ergebenst einladet **L. Gensz.**

Deutsche Kaiserhalle.
Heute Rinderfleck in und außer dem Hause.

Schulanzeige.
Die Aufnahme derjenigen Schülerinnen, welche der städtischen **Mittel-Mädchenschule** überwiesen werden sollen, findet am **Freitag, den 28. März,** Nachm. von 2 bis 5 Uhr statt, und sind bei derselben jedenfalls die **Impfatteste** vorzulegen.
C. Schiemann.

Bekanntmachung.
Die in diesem Jahre zu Corporationszwecken erforderlichen, von der Finanz-Commission festgesetzten Beiträge werden von den Mitgliedern der Corporation gegen Aushändigung der darüber ausgestellten Quittungen durch unseren Boten A. Köhler erhoben werden.
Memel, den 17. März 1879.
Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Bekanntmachung.
Die Rendantenstelle in Bommelsvitte ist neu zu besetzen. Den Bewerbern um diese Stelle ertheilt nähere Auskunft der Ober-Vorsteher daselbst und werden die betreffenden Eingaben bis zum **12. April c.** von dem Genannten entgegen genommen.
Der Gemeinde-Vorstand.

Denjenigen Eltern, welche ihre Kinder der hiesigen Mittel-Knabenschule übergeben wollen, zeige ergebenst an, daß die Aufnahme den 26. und 27. d. M., Nachmittags von 2 Uhr ab, stattfindet.

Klaudtky.

Neue Westpr. Mittheilungen.

(Marienwerderer Zeitung.)

Die vier Mal wöchentlich, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag Morgens erscheinenden Neuen Westpreußischen Mittheilungen bringen allgemein verständliche Leitartikel, eine reichhaltige politische Rundschau, ferner die Land- und Reichstagsverhandlungen, wenden dem lokalen und provinziellen Theile, sowie den wirthschaftlichen Interessen besondere Aufmerksamkeit zu und unterrichten ihre Leser in

zahlreichen Original-Depeschen

sofort über alle Ereignisse von Wichtigkeit. Ein gutes Feuilleton und das den Abonnenten zur Sonnabend-Nummer **gratis** beigegebene sehr beliebte

Unterhaltungs-Blatt,

letzteres 1 Bogen stark, sorgen für eine angenehme leichte Lectüre.

Der Abonnementspreis beträgt für Marienwerder nur 1 Mark 50 Pf., bei allen Kaiserlichen Postanstalten 1 Mark 80 Pf., einschließlich Briefträgerlohn 2 Mk. 20 Pf.

Inserate (12 Pfg. pro 4gespaltene Zeile) werden bei der großen Verbreitung des Blattes in den Provinzen Preußen, Posen, und Pommern stets den gewünschten Erfolg haben.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ergebenst ein

Marienwerder, im März 1879.

Die Expedition:
R. Kanter'sche Hofbuchdruckerei.

Auction

Freitag, den 21. März c.,
Nachmittags 3 Uhr,

ca. 800 Pack Paraffinkerzen

in getheilten Posten im Ladenlokal **Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 9/10.**

Sablowsky, Auctionator.

Sonnabend, den 22. d. M., Nachmittags 3 Uhr, sollen bei der Händlerin Wittwe Bonk in Schmelz, Wallstraße im Schiwe'schen Hause, 7 Bilder, 1 Kommode, 1 Wanduhr, 1 Bettdecke, 2 Stühle, 3 Blumenvasen und 5 Cylinderputzer meistbietend gegen baare Bezahlung durch mich verkauft werden.

Tennigkeit, Executor.

Ein gutes starkes **Pferd** soll **Sonnabend, den 22. März,** 11 Uhr Vorm., am Schauspielhause gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Die zweite Sendung

Messinaer Pomeranzen

trifft Ende dieses Monats bestimmt ein und sind mir Bestellungen darauf angenehm.

E. Appelhagen.

Strohhüte werden zum Waschen und Umformen entgegengenommen bei

D. Sudermann. Bäckerstraße 18.

Zu Geschenken empfehle Porzellan-Kaffee- und Thee-Service, Kuchenteller, Brodkörbe, fein Engl. Theebretter mit und ohne **Goldeinlage**, Lampen, Kronleuchter, Blumenständer, Blumentöpfe, Visitenkartenschaalen, Zuckerkasten, Bisquitbehälter, Vasen, Karaffen, Bier-, Wasser-, Liqueur-Sätze und vieles Andere, alle Gegenstände von dem **billigsten** bis zum **hochfeinen** Genre und größter Auswahl.

A. Thiel, vorm. Ferdinand Weiß

Gemahlene Raffinade und Amerikanisches Schweineschmalz

offeriren Faß- und Centnerweise billigst

Bräter & Liebe.

Echten Engl. Chester-Käse

empfing und empfiehlt bei Entnahme von mehreren Pfunden à 1 Mk. 20 Pf.

E. Appelhagen.

Lichte.

Eine bedeutende Parthie

Stearin- und Paraffin-Lichte

in allen Packungen verkaufe, um zu räumen, zu bedeutend ermäßigten Preisen.

R. Guttzeit.

Lotterie

beweglicher Gegenstände

veranstaltet zu Gunsten des

Gemeinnützigen Bauvereins

zu **Tilsit.**

Ziehung am 1. Juli 1879.

Jedes 6. Loos gewinnt.

Loose à 5 Mk.

sind zu haben in der **Expedition des „Memeler Dampfb."**

Bei Entnahme einer größeren Anzahl Loose wird **Rabatt** bewilligt.

F. W. Siebert.

Grabdenkmäler

in Marmor-, Granit- und Sandstein, Kissensteine von 2,50 Mk. an, ferner habe Waschtischaufsätze, Consolplatten vorräthig, auch werden Schriften aller Art in Marmor, Granit u. Sandstein eingehauen, à Buchstabe 15 bis 20 Pf., Granitstufen, Sockelsteine zu Kreuzen und Gittersteine habe vorräthig und liefere diese Gegenstände eigen und billig.

H. Kirstein, Steinsetzermeister,
Wiesenstraße 27.

Das neueste in

Frühjahrs-Hüten und Mützen

habe erhalten und empfehle selbige dem hochgeehrten Publikum zu soliden Preisen. **Ergebenst**

Marktstr. 9. **R. Streichert,** Marktstr. 9.

Tilsiter

Lotterie-Loose

empfiehlt **Wilhelm Fischer.**

Dr PATTISON'S Gichtwatte

bestes Heilmittel gegen

Gicht und Rheumatismen

aller Art als: Gesichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Fussgicht, Gliederreissen, Rücken- und Lendenweh.

In Paketen zu **1 Mark** und halben zu **60 Pfg.** bei

(H 6300) **Wilhelm Barth,**
Friedrich-Wilhelm-Straße No. 19.

Sonnabend **Heydekruger Schmandkäse** bei ***F. Kukluk.***

Für 10 Mark:

10 ganze Meter schönen Kleiderstoff, 8 ganze Meter carrirtes Bettzeug, ein schönes wollenes Damen-Umschlagtuch, 1 wollenen Cachemir-Shawl, 3 Stück weiße Taschentücher, rein Leinen, versendet alles zusammen gegen Nachnahme von 10 Mark oder vorherige Einsendung die Fabrik von

A. Leyser, Berlin,
Wallnertheaterstraße 34.

Fette Kurren zu haben Töpferstr. No. 7.

Fette Puten

werden billigst abgegeben und sind zu erfragen in der **Bahnhofs-Restauration.**

Ungeschlossene Federn mit **Daunen** sind zu verkaufen

hintere Wallstraße No. 6.

Ein Gut,

eine Meile von Insterburg, 400 Morgen, guter Boden, schön eingebaut, an der Chaussee, wird verkauft. Näheres durch **Stangenberg-Stobingen** per Karalene.

Ein **Kinderbettstell** wird zu kaufen gesucht Thomasstraße No. 15/16.

Ein erfahrener **Landwirth** wird auf einige Zeit zur Vertretung auf einem größeren Gute Memels sofort gesucht. Meldungen Markt-Ecke 16, 2 Tr. erbeten.

Ein ordentlicher **Hausmann** wird gebraucht Alte Sorge-Straße Nr. 1.

Einen tüchtigen **Kutscher** zum 1. April braucht ***Robert Werner.***

Einen ordentlichen **Laufburschen** sucht **Ad. Funkstein,** Holzstraße.

Eine Waschfrau, welche zu Hause wäscht, bittet die geehrten Herrschaften um gütige Uebergabe von Wäsche. Breite Straße No. 6.

Eine **anständige ältliche Frau,** welche eine kleine Wirthschaft selbstständig führen möchte, melde sich in der Expedition d. Bl.

Ein erfahrenes sauberes **Stubenmädchen** wird zum 1. April gesucht von Frau **Henry Frentzel Beyme** Meldungen werden Freitag Vormittag von 10—11 Uhr entgegen genommen.

Eine **Amme** wird von gleich gesucht Hospitalstraße No. 4a.

Eine **Mitbewohnerin** kann sich melden Quellgasse Nr. 1.

Ein **Flügel** ist zu vermiethen oder zu verkaufen Friedrich-Wilhelmstr. 23—24.

Ein möblirtes Zimmer Polangenstr. 15.

Eine große Oberstube und Kammer zu vermiethen Töpferstraße 11.

Daselbst ein kleines Aufwartemädchen gesucht.

Schlewiesstraße No. 21 ist eine freundliche obere Wohnung, bestehend aus Entree, 2 Stuben, Schlafkabinet, Küche und sonstigen Bequemlichkeiten von sofort zu vermiethen und vom 1. Mai zu beziehen. Näheres bei **G. R. Kuhn.**

Gute Wohnungen

sind billig zu vermiethen Holzstr. 22.

Eine freundliche obere Wohnung von zwei Stuben nebst Kammer und allem Zubehör ist vom 1. Mai zu vermiethen Lootsenquerstraße 2—3. **C. Jaworsky.**

Eine Wohnung von 5 Zimmern nebst allen Bequemlichkeiten und eine kleine Wohnung von 2 Zimmern ist von sofort oder auch später zu vermiethen

hintere Werftstraße No. 3/4.

Festungsstraße 3 ist die **Kellerwohnung** zu vermiethen.

Ein **großer trockener Keller** ist vom 1. Mai zu vermiethen.

A. Micks.

Ein Ladenlokal ist billig zu vermiethen Libauerstraße.

F. Weiss.

Ein Pferdestall nebst Wagenremise ist zu vermiethen Marktstraße No. 11.

Subhastations-Patent.

Das zum Nachlasse der Barbara Loenhardt, geb. Drückler, verwittwet gewesenen Thiergardt, gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück Bommels-Vitte No. 52, das nach einem Nutzungswerthe von 250 Mark zur Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 17. Mai 1879,
Vormittags 10 Uhr,

zum Zwecke der Auseinandersetzung der Miterben an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer No. 18/19, im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird auf

den 20. Mai c.,
Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 12. März 1879.

Königl. Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.

Subhastations-Patent.

Das den Partikulier Gustav und Ida, geb. Buddrus, Lippke'schen Eheleuten gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück Jodeischen-Jahn No. 1522, das mit einer Fläche von 74 Hekt. 67 Ar 10 □ Mtr. der Grundsteuer unterliegt und nach einem Reinertrage von 110,33 Thlr. und einem Nutzungswerthe von 18 Mk. zur Grund- und Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 17. Mai 1879,
Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer Nr. 18/19, im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird

auf den 20. Mai c.,
Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 13. März 1879.

Königl. Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.

Subhastations-Patent.

Das den Partikulier Gustav und Ida, geb. Buddrus, Lippke'schen Eheleuten gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück Jodeischen-Jahn No. 1523, das mit einer Fläche von 61 Hekt. 89 Ar 80 □ Mtr. der Grundsteuer unterliegt und nach einem Reinertrage von 86,37 Thalern und einem Nutzungswerthe von 60 Mark zur Grund- und Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserem Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 17. Mai 1879,
Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle, im Zimmer No. 18/19, im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird auf

den 20. Mai c.,
Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 13. März 1879.

Königl. Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.

Auctions-Termin.

Bekanntmachung.

Verschiedene im Wege der Executio abgepfändete Gegenstände, namentlich 1 zweijähriger Ochse, 6 Schafe nebst Lämmern, 4 Schweine, 1 Sau mit 10 Ferkeln sollen im Termine

am 1. April 1879,
Nachmittag 4 Uhr,

in Sudmanten-Marienburger-Urban bei Wirthen Martin Wiegratz durch unsern Commissarius gegen baare Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Memel, den 18. März 1879.

Königl. Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Ein Capital von 900 Mark ist gegen sichere Hypothek zu vergeben.

Memel, den 20. März 1879.

Der Magistrat.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Rülf in Memel.

Beilage zu No. 68. des Memeler Dampfboots.

„Memeler- und Grenz-Zeitung."

Freitag, den 21. März 1879.

** Deutscher Reichstag.

22. Plenarsitzung. Mittwoch, 19. März.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten und theilt mit, daß das Präsidium, die Zustimmung des Reichstages voraussetzend, die einleitenden Schritte thun werde, um Se. Majestät den Kaiser zum 22. März zu beglückwünschen.

Das Haus setzt darauf die Berathung des Etats fort. Die Debatte beginnt bei Titel 2 (Rübenzuckersteuer 51,422,850 Mk.) des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Abg. Richter (Hagen) betont gegenüber dem Bundeskommissar Hüber, daß die Annahme des Etats 12½ Ctr. Rüben seien zur Darstellung eines Centners Rohzucker nöthig, wegen der Fortschritte der Industrie hinfällig geworden sei; gewöhnlich genügten schon 11½ Ctr. Hier sei eine Erhöhung der Steuern angänglich, ohne eine große Belastung der Industrie eintreten zu lassen. Ferner sei zu tadeln, daß die Ausfuhrbonifikationen rein zu Exportprämien werden. Die Regierung hüte sich aber, hier die Steuern zu erhöhen, da es sich nur um Großfabrikanten handle; bei der Tabaksindustrie scheue man sich nicht die Kleinfabrikanten durch Erhöhung der Steuern zu vernichten.

Bundescommissar Geh.-Rath Hüber führt aus, daß in manchen Gegenden 12½ Ctr. Rüben noch gar nicht genügten, während allerdings anderwärts durch die Fortschritte der Technik eine geringere Zahl hinreichend ist. Die Schwankungen seien ziemlich groß. Die Exportbonificationen bewegten sich durchaus in den richtigen Grenzen und haben sich in keiner Weise zu Prämien gestaltet.

Abg. Dr. Lucius wünscht, daß Hr. Richter sich besser mit statistischem Material versehe, ehe er die Regierung angreift; alle seine Behauptungen seien nicht zutreffend, wie der Hr. Commissar schon nachgewiesen habe. Die fernere Behauptung des Hrn. Richter, daß die Großindustrie mehr als die Kleinindustrie beachtet werde, zwinge ihn, sich gegen diese Art von Etatsberathung zu verwahren; wer da meint, daß Groß- und Kleinbesitz verschiedene Interessen haben, zeigt, daß es ihm an Verständniß oder etwas Anderem fehlt. (Sehr richtig rechts.) Man möge sich nach dem Beispiel der Nachbarländer richten und nicht nach Theorien, sondern nach den materiellen Interessen des Landes entscheiden. Er habe das Vertrauen zur Regierung, daß sie auf dem bisherigen Wege fortfahre. (Beifall rechts.)

Abg. v. Behr-Schmoldow konstatirt, daß wir eine ganz hohe Exportprämie zahlen, das sei unwirthschaftlich. Die Versuche, welche die Regierung bei Charlottenburg über Herstellung von Rübenzucker gemacht, seien leider mißglückt.

Abg. v. Kardorff warnt davor, die Landwirthschaft in Bezug auf ihre Zuckerproduktion durch leichtsinnige Experimente zu beunruhigen. Uebrigens sei eine Exportprämie ja gar nicht so schlimm, wie das Beispiel von England zeige.

Abg. Richter (Hagen): Die Rede des Herrn Lucius habe sich mehr durch persönliche Gereiztheit, als durch sachliche Gründe gezeichnet (Oho! rechts). Keine einzige seiner (Redners) Behauptungen sei widerlegt, die Fortschritte der Technik seien allgemein anerkannt, so daß nur 11½ Ctr. Rüben zur Darstellung eines Centners Zucker nöthig seien. Weshalb solle man denn die Reichskasse schädigen zum Vortheil einiger Fabrikanten?

Abg. v. Benda bittet um recht sorgfältige Prüfung dieser Materie, bevor man eine Aenderung des bisherigen Systems in Angriff nehme; ebenso erklärt

Abg. Oechelhausen mit Hinweis auf die günstigen Ergebnisse der bisherigen Art und Weise der Veranlagung, seine Zustimmung zur Beibehaltung der jetzigen Verhältnisse der Rübenzuckerbesteuerung.

Nach weiter Diskussion wird Titel 2 genehmigt.

Bei Titel 3 (Salzsteuer 34,552,780 Mk.) fragt

Abg. Richter (Hagen): ob man angesichts der in Aussicht genommenen Steuererhöhungen nicht daran denke bei der Salzsteuer eine Verringerung eintreten zu lassen, sogar die konservativen Parteien hätten dieselbe eine irrationelle genannt.

Minister Hofmann theilt mit, daß, wenn die Vermehrung der indirekten Steuern beendigt sein würde, die Regierung die Frage in Erwägung ziehen werde, ob die Salzsteuer abgeschafft werden könne.

Abg. Dr. Lasker bedauert, daß diese Steuerprojekte so wenig ernst von der Regierung genommen werden, wie aus der Antwort des Reichskanzleramtspräsidenten hervorgehe. (Oho rechts). Er hätte eine positive Antwort erwartet.

Minister Hofmann: Er habe sich eine gewisse Reserve auferlegen müssen, da ihm keine positiven Pläne der Regierung vorlagen. Er glaube nicht, daß seine Antwort in dieser Angelegenheit etwas Spaßhaftes enthalten habe.

Abg. v. Kardorff konstatirt den belehrenden Ton des Abg. Dr. Lasker; die Interpellation des Abg. Richter paßte gar nicht hierher.

Tit. 3 wird genehmigt, ebenso Tit. 4 (Tabakssteuer 899,590 Mk.)

Bei Tit. 5 (Branntweinsteuer 39,599,290 Mk.) klagt

Abg. Schneegans über die Einführung der Branntweinsteuer in den Reichslanden. Die Beschwerden seien allgemein, sowohl im Landesausschuß als auch in der Presse; nebenbei müsse er bemerken, daß an diesen beiden Stellen ein freies Wort wohl gesprochen werden dürfe; die gegentheiligen Klagen seien übertrieben. Die Unpopularität des Branntweinsteuergesetzes von 1873 beruhe einestheils in dem Gesetz selbst, das die Kleinbrenner auf's empfindlichste schädige — von 26,000 Kleinbrennern seien 14,000 allein aus Elsaß-Lothringen — und anderntheils aber in der Art und Weise, wie die Steuerunterbeamten die Steuern von den Bauern eintreiben, es wäre am besten, wenn die Reichslande von jenem Gesetz wieder befreit würden.

Unterstaatssecretair Herzog erläutert die Gründe, welche die Regierung zu dem Gesetz von 1873 veranlaßt hatten, namentlich sei der immer mehr um sich greifende Schmuggel maßgebend gewesen. Nach Erlaß jenes Gesetzes habe sich die Zahl der Eigenbrenner nach statistischen Ausweisen vermehrt und in keiner Weise hätte sich die Nothwendigkeit einer Aenderung des Gesetzes gezeigt. Wenn die Beschwerden über Eintreibung der Steuern gerechtfertigt seien, werden die Behörden Abhilfe schaffen.

Persönlich bemerkt Abg. Winterer, daß man im Elsaß nicht „frei von der Leber" sprechen könne, im Gegentheil herrsche der äußerste Zwang; so sei ihm und seinen Freunden seit 8 Jahren nicht die Gründung einer Zeitung gestattet.

Titel 5 und Titel 6 (Brausteuer 15,955,300 Mk.) werden genehmigt.

Bei Titel 7—9 (Aversa für die außerhalb der Zollgrenze liegenden Gebietstheile des Reiches) fragt

Abg. Dr. Gareis: ob die Regierung Verhandlungen angestellt habe, resp. welches das Resultat dieser Verhandlungen sei, welche sich auf den Export und Import von Hamburg und Bremen beziehen; ferner frage er, ob man eine Erhöhung der Aversen beabsichtige.

Direktor Michaelis bedauert, noch nichts Positives über das Resultat dieser Verhandlungen mittheilen zu können.

Abg. Dr. Delbrück wendet sich gegen die neulichen Ausführungen des Ministers Hofmann betreffend die Verhältnisse der Rhederei. Die bisherige Zollpolitik habe stets gestrebt, dem Verkehr Erleichterungen zu verschaffen. Würde man „den Schutz der nationalen Flagge" durch Zollmaßregeln erstreben, so würde das auf das Rhedereigewerbe von umwälzendem Einfluß seien; denn die andern Staaten würden dann nicht anstehen, mit Repressivmaßregeln vorzugehen. Namentlich der Frachtverkehr würde leiden. Angesichts dieser nachtheiligen Beeinflussung des Rhedereiverkehrs durch Erhöhung der Aversen sei es räthlich, es bei den bisherigen Aversen zu belassen.

Minister Hofmann erkennt an, daß ein übereilter „Schutz der nationalen Flagge" schädlich sein würde, bemerkt aber, daß das System der Gegenseitigkeit zwischen den seefahrenden Nationen zum Schaden Deutschlands in mehrfacher Beziehung durchbrochen sei; ohne der Rhederei Gefahr zu bringen, könnte an manchen Stellen Abhilfe geschaffen werden.

Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) führt aus, daß die Ermöglichung eines billigen Verkehrs der Rhederei und dem Handel überhaupt allein von Nutzen sein könne. Die Deutsche Rhederei habe sich durch ihre Strebsamkeit dermaßen emporgearbeitet, daß sie den Wettkampf auf dem Weltmarkt wohl aufnehmen könne; sie müsse sich aber frei bewegen können. In Frankreich ist die Rhederei durch die Surtaces und das „droit de pavillon" außerst geschädigt; die Deutsche Rhederei kann erfolgreich mit ihr konkurriren, weil sie eben bis jetzt freie Bewegung gehabt hat. Er (Redner) werde stets gegen jede Erhöhung der Aversen stimmen.

Abg. Rickert schließt sich dem an und fügt hinzu, daß die Rhederei unter dem Schutzzolldruck zu Grunde gerichtet sei. Er verwahre sich dagegen als ob er indirect durch seine neulichen Ausführungen seine Zustimmung zu der Erhöhung der Aversen gegeben habe.

Abg. v. Kardorff bezweifelt, daß Herr Meier aus Erfahrung geredet habe; denn soviel er wisse, habe Schaumburg-Lippe keinen Seehafen (Heiterkeit.) Durch den vollständigen Mangel an Zöllen werden wir ganz mit Englischen Waaren überschwemmt. Der Handelsminister habe sich, als er die Tarife für Kohlen erhöhte und dadurch Tausenden lohnende Arbeit verschaffte, den Dank des Vaterlandes verdient.

Abg. Richter (Hagen) führt aus, daß das ganze geplante System auf den Staatssozialismus hinauslaufe, in Oberschlesien gebe man den Arbeitern Beschäftigung und fülle die Taschen der dortigen Großgrundbesitzer und Fabrikanten; auf der andern Seite entziehe man den Arbeitern der Rhederei die Arbeit und schädige den Wohlstand der Seestädte. Man verspreche nach allen Seiten hin Abhilfe, während man doch mit künstlichen Mitteln nur einzelnen Interessenten helfen könne.

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt, er sei früher Freihändler gewesen, selbst aber einsah, daß er selber durch das Freihandelssystem geschädigt würde. Er erstrebe Sicherung der Industrie vor allem; diese sei aber jetzt nach der Einigung des Reiches nur in dem Schutz der nationalen Arbeiten zu suchen. Er wolle auch den Schutz der Rhederei (Große Heiterkeit).

Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) meint, er sei Vertreter des ganzen Reiches; auch Herr Kardorff spreche nicht blos für Oels, und Oels und Schaumburg-Lippe stehen doch ziemlich auf derselben Stufe. (Heiterkeit.)

Tit. 7—9 werden genehmigt. Es folgt der Bericht der Budgetcommission über die derselben zur Vorberathung überwiesenen Theile des Marineetats. Nachdem Staatsminister Stosch gebeten, es bei der Vorlage zu belassen, werden bei Kap. 51 (Militärpersonal) bei Tit. 15 (Löhnung für ein Seebataillon) 20,520 Mk. abgelehnt, also die Vermehrung des Seebataillons um 6 Sergeanten, 6 Unteroffiziere, 18 Gefreite und 102 Seesoldaten nicht bewilligt.

Bei Kap. 52 (Indienststhaltung der Schiffe und Fahrzeuge) werden bei Tit. 1. 70,000 Mk. bei Tit. 2. 90,000 Mk., bei Tit. 3. 34,000 Mk. ohne Widerspruch nach dem Antrage der Budgetcommission „aus den Beständen des Vorjahres" entnommen, so daß der diesjährige Etat davon entlastet wird.

Ebenso werden bei Kap. 53 (Naturalverpflegung), 54 (Bekleidung) 55 (Unterricht) kleinere Beiträge meist in Consequenz der Abstriche bei Kap. 51 gestrichen.

Bei Tit. 3. des Kap. 60 (Werftbetrieb) wird folgende Bemerkung aufgenommen: „Die Besoldungen der expedirenden Sekretäre der Admiralität von 3600 bis 2400 Mk. dürfen zum Zwecke der Bildung von Werft-Verwaltungs-Abtheilungen zur Besoldung von Intendantur-Sekretairen verwendet werden."

Sodann werden zum Bau eines Panzerfahrzeuges als Ersatz für das Panzerfahrzeug „Prinz Adalbert" 1. Rate 950,000 Mark. gestrichen; ebenso zum Bau der Panzerkorvette „E." 1. Rate 876,000 Mark; nachdem Referent Abg. Rickert kurz hervorgehoben, daß man gar nicht so viel Mannschaft habe, um alle Schiffe zu besetzen, man dürfe nicht über den Flottengründungsplan hinausgehen. — Sodann beantragt bei Titel 30 (Deutsche Seewarte) des Extraordinariums die Kommission die Streichung von 100,000 Mk. und die Bewilligung von nur 200,000 Mk. Auch dieser Antrag wird genehmigt trotz des Widerspruchs des Abg. Möring.

Damit ist der Marineetat erledigt.

Das Haus genehmigt darauf die Einnahmen aus der Spielkartenstempelsteuer (1,206,000 Mk.)

Es folgt die Berathung des Etats der Wechselstempelsteuer (Einnahme 6,377,300 Mk.) Abg. Dr. Klägmann fragt, ob die Regierung beabsichtige, eine Aenderung des Wechselstempelgesetzes vorzunehmen.

Minister Hofmann stellt eine entsprechende Vorlage für die nächste Session in Aussicht.

Bei dem Etat der Eisenbahnverwaltung geht Abg. Dr. Hammacher auf die Verhältnisse der Elsaß-Lothringer Eisenbahn ein und legt die Unrentabilität derselben dar, erkennt aber die Bemühungen der Regierung an.

Abg. Rickert wünscht Einschränkungen bei dem Betriebe kleinerer Bahnen.

Unterstaatssekretär Herzog berichtet einzelne Ausführungen des Abg. Hammacher und spricht die Hoffnung aus, die Verhältnisse würden sich baldigst bessern, sodann erklärt er die Bereitwilligkeit der Regierung, dem Wunsche des Abg. Rickert möglichst entgegenzukommen. Der Etat wird genehmigt, ebenso der Etat der Oberhofbuchdruckerei und des Münzwesens.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Etat, Wahlprüfungen. — Schluß 4¼ Uhr.

Der Erbe von Syberg.

Roman von Emil König.

(Fortsetzung.)

Helene fühlte recht wohl die Abneigung Fritzens gegen das ganze schöne Geschlecht. Nur, wenn er gelegentlich mit der Erzieherin in der Familie zusammentraf, glaubte sie in ihm einen Anderen, als sonst im Umgange mit Damen zu erblicken.

Und so war es auch.

Das junge Mädchen war voll kindlichen, reinen Frohsinns. Fritz kam sich besser, wahrer, selbstzufriedener in ihrer Nähe vor.

Leider traf sich das selten. Helene wußte die Erzieherin geschickt von Fritz fern zu halten. An diesem Abend, an dem zugleich der Geburtstag des Generals gefeiert wurde, konnte man sie nicht ausschließen; sie mußte zugegen sein, wenn die kleine Alma dem Großpapa ihre Wünsche vortrug.

Der General machte bei den zahlreichen Gästen die Honneurs, während die Generalin noch Anordnungen zu Ueberraschungen traf.

Er hieß Fritz herzlich willkommen, rühmte Helenens Talent im Arrangiren von Festlichkeiten und Ueberraschungen und freute sich auf den gemüthlichen Abend.

„Und nun, lieber Ramberg, erfüllen Sie mir als alter Vertrauter und Freund meines Hauses eine Bitte," sagte er zu Fritz. „Sie sehen, ich kann nicht abkommen, und die Dienerschaft steht augenblicklich zur alleinigen Verfügung meiner Frau. Gehen Sie gefälligst nach Fräulein Mönnighofs Zimmer, hier gerade über uns, und fragten Sie, ob der Schmuck eingetroffen ist, mit dem ich heute die Liebe meiner Gattin zu belohnen gedenke."

Mit einem eigenthümlich wonnigen Gefühl stieg Fritz die Treppe hinan. Zögerud pochte er an die Thür.

Alma's Stimme rief „Herein".

Die Erzieherin stand mitten im Gemach. Der Schein des Lichts fiel auf ihr holdes Antlitz und er sah es erglühen vor freudiger Ueberraschung, als sie ihn erblickte.

Da stand er nun in ihrem traulichen Zimmer, das mit seinen weißen Vorhängen, seinem sinnigen Arrangement und seiner einfachen Zierlichkeit so recht den Charakter seiner Bewohnerin wiederspiegelte.

Er richtete seinen Auftrag aus, empfing seinen Bescheid und schickte sich an, das Zimmer zu verlassen; allein die kleine Alma hielt ihn zurück, was ihm keineswegs unangenehm war.

„Du mußt erst Bowle mit uns trinken, Onkel," sagte sie und drängte ihn auf das Sopha, „sonst trinke ich auch keine. Ich liebe Dich so und möchte Dich küssen," betheuerte sie ihrer jugendlichen Erzieherin, in deren Augen sie einen Verweis las. „Er kann ja mit uns hinabgehen? Mußt Du denn gleich wieder zur Gesellschaft?"

„Das gerade nicht," entgegnete er und warf einen fragenden Blick auf das junge Mädchen. „Wenn es Fräulein Mönnighof erlaubt, so trinke ich ein Glas Bowle mit Dir."

Mathilde erröthete, aber sie wandte nichts gegen sein Verbleiben ein. Sie suchte ihre Verlegenheit zu verbergen, indem sie sich mit der Bowle zu schaffen machte.

Es war unbeschreiblich anmuthig in dem kleinen Gemach. Fritz vergaß die ganzen Festlichkeiten da unten. Ein seltsamer Friede umwehte ihn in der Nähe des lieblichen Wesens, jeder Mißton schwand aus seiner Seele und die reinste Harmonie kehrte in diesem Heiligthume in seine Brust ein.

Während er Mathilden sinnend zuschaute, plauderte Alma unausgesetzt, bis sie merkte, daß Niemand auf ihr Geschwätz achtete.

„Mathilde, warum antwortest Du mir nicht?" rief das kleine Mädchen.

„Mathilde," wiederholte er, „Also Sie heißen Mathilde? Das ist mir neu!

„Ja," antwortete die kleine Alma ein wenig vorlaut, „so heißt sie und ich nenne sie so. Ich muß zur Großmama auch Helene sagen, weil sie noch so jung und schön ist. Du brauchst nicht zu lachen. Mathilde ist aber doch viel hübscher als Helene; meinst Du nicht auch?"

„Ich kenne noch schönere Namen!" entgegnete er.

„Auch schönere Damen?" fragte Alma.

Er lachte und drückte der Redseligen einen Kuß auf den kleinen Mund.

„Alma ist doch die Schönste!" scherzte er.

„Ich fürchte, sie fällt Ihnen lästig," entschuldigte die Erzieherin, „heute ist ihre Ungeduld kaum zu dämpfen gewesen, bis die Qual des Wartens durch Ihr Erscheinen auf andere Bahnen gelenkt worden ist."

„Darf ich denn auch noch warten?" fragte er und sah sie so ernst und bittend an, daß sie auf einem Moment zwar in Verwirrung gerieth, dann aber seinen Wunsch gewährte.

„Auf Ihre eigene Verantwortung bei'm Herrn General!" sagte sie.

Sie setzte sich ihm gegenüber und nahm das kleine Mädchen auf den Schooß. Eine Ahnung friedlicher Häuslichkeit zog durch seine Seele. Leider ließ ihm Alma keine Ruhe.

„Freust Du Dich nicht Onkel," sagte sie, „heute freuen sich alle auf das Fest, nur Mathilde hat geweint!„

Theilnehmend sah er zu der Erzieherin hinüber.

„Wem käme nicht bisweilen eine wehmüthige Erinnerung!" sagte sie. Wer sich der Einsamkeit ergiebt, der ist bald allein!"

„Ein Jeder lebt, ein Jeder liebt und läßt ihn seiner Pein!" vollendete Fritz gerührt, als die Kleine ihn mit der Frage an Mathilde unterbrach:

„Sind Deine Eltern denn auch in Genf, woher Du gekommen bist?"

Sie küßte das Kind auf die Stirn.

„Nein liebes Mädchen," sagte sie bewegt, „sie haben längst jene große Reise angetreten, von der Niemand wiederkehrt."

„So stehen Sie ganz allein in der Welt?" fragte Fritz mitleidig.

„Ganz allein, Herr Baron!"

„Aber es leben doch Verwandte, Freunde —"

„Verwandte nicht und Freunde nur wenige; ich war von Kindheit an verwaisʼt."

„So jung und schon allein!" sagte er wehmüthig. „Ich bin es zwar auch; aber ich bin ein Mann, der mit dem Leben kämpfen muß."

„Auch ich fürchte die Widerwärtigkeiten des Lebens nicht," erwiderte sie mit der ihr eigenen Sicherheit.

Wie dünkte sie ihm begehrenswerth in ihrem jugendlich frischen Muth.

Ein Diener der Generalin rief sie auf einige Augenblicke ab und er blieb mit Alma allein. Gedankenvoll schritt er im Zimmer auf und nieder; dann musterte er die kleine Bibliothek, die auf einem kleinen Bücherbrett stand.

„Wenn Du Bilder suchst," sagte die Kleine, „die sind in dieser Mappe."

(Fortsetzung folgt.)

H. Zweiter Ostpreuß. Prov.-Landtag.

8. (Schluß-)Sitzung am 18. März c.

(Verspätet hier eingetroffen.)

Die Sitzung wird um 10½ Uhr eröffnet Am Regierungstische: Regierungsräthe Singelmann, Höpner, Assessor Krantz. — Von den Abg Dirichlet, Dr. Möller, Seydel und Stöckel liegt der Antrag vor, folgende Petition an den Deutschen Reichstag und das Königlich Preußische Staatsministerium zu richten

„Einem rc. rc. fühlt sich der unterzeichnete Provinzial-Landtag gedrungen, nachstehende Vorstellung ehrerbietigst zu unterbreiten:

Die Provinz Ostpreußen wird, wie kein anderer Landestheil des Deutschen Reichs, durch ungünstige klimatische Verhältnisse einerseits und durch die Russische Grenzsperre andererseits in ihrer Erwerbsthätigkeit beeinträchtigt. Sie würde durch Wiedereinführung von Eisenzöllen und anderen zu Gunsten der Production der industriellen Provinzen erhobenen Schutzzöllen vorzugsweise geschädigt werden. — In der Einführung von Getreidezöllen würde die Provinz selbst wenn man die Berechtigung einer Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel im Interesse der Producenten anerkennen könnte, eine Entschädigung ihrer vorzugsweise Ackerbau treibenden Bevölkerung nicht finden.

Bei der geographischen Lage unserer Provinz würde die Einführung solcher Zölle lediglich dahin führen, den Handel und mithin die Consumtionsfähigkeit unserer größeren Städte zum Vortheile der Russischen Handelsplätze zu zerstören, ohne den Preis unseres Getreides zu erhöhen.

Der Bedarf des localen Consums wird auch bei geringen Ernten reichlich gedeckt, der Ueberschuß unserer Production aber findet seine Verwerthung überwiegend auf ausländischen Märkten, auf welche die Deutsche Zollgesetzgebung keinen Einfluß ausüben kann. (100 Kilo kosten nach London 1 Mk. 20 Pf. Fracht, während die Bahnfracht nach Berlin für Getreide 2 Mk. 78 Pf. in Ladungen von 10,000 Kilo beträgt.) Die projectirte Belastung von ausländischer Kohle und Eisen, welche uns als Rückfracht zugeführt werden, würde den Preis unserer Exportartikel durch Erhöhung der Fracht sogar herabdrücken.

Was endlich die Besteuerung des ausländischen Holzes betrifft, so müssen wir darauf aufmerksam machen, daß Ost-Preußen keine Steinkohlen besitzt, zugleich zu den waldärmsten Provinzen des Preußischen Staats gehört und auf den Import des Russischen Holzes angewiesen ist.

Eine Holzbesteuerung wäre demnach für uns eine durch nichts gerechtfertigte Besteuerung der ganzen Provinz zu Gunsten weniger großen Forstbesitzer, ganz abgesehen davon, daß sie dem Handel der Stadt Memel den Todesstoß versetzen würde.

Der Provinzial-Landtag erblickt daher in der vorbereiteten Aenderung unserer Zollgesetzgebung eine schwere Beeinträchtigung der Provinz Ostpreußen und richtet die Bitte an rc., dieselbe wolle beim Bundesrathe dahin wirken, daß diese die Lebensfähigkeit unserer Provinz in Frage stellenden Maßregeln von uns fern gehalten werden.

Dieselbe wird von dem Abg Seydel unter Hinweis auf die öffentliche Aufforderung zur Erklärung seitens des Herrn Reichskanzlers in der Zollfrage und unter Berufung auf die in der Petition geschilderten Nothstände für die Provinz Ostpreußen begründet, während Abg. v. Hüllessem, wennschon er freihändlerischen Standpunkt, einnehme, es nicht für angezeigt hält, aus einer besonders ungünstigen klimatischen Lage, in der andere Provinztheile sich ebenfalls befunden, die Zweckmäßigkeit einer Erklärung in Betreff einer Sache, über die noch gar keine bestimmte Vorlage existire, zu folgern und motivirte Tagesordnung beantragt — Abg. Dr. Möller ist von der unter Ausschluß politischer Gesichtspunkte sich auf rein wirthschaftlichen Standpunkt stellenden Behandlung der Sache befriedigt und findet in der thatsächlich traurigen wirthschaftlichen Lage der Provinz den Vereinigungspunkt aller Parteien, um gegen Getreide- und Holzzölle, wie s. Z. gegen Eisenschutzzölle sich auszusprechen. — Abg Alfieri hat in Folge eindringender Studien in die vorhandene Literatur die Ueberzeugung gewonnen, daß derartige Finanzzölle dem eigentlichen Wirthschafts- resp. Kleinhandel-Verkehr nicht schaden, sondern nur den „illegitimen" Großhandel in seinem Bestreben, Reichthum zu sammeln, berühren würden. Der Cobden-Club Englands habe das Freihandel-Prinzip im Interesse Englands zu verbreiten gewußt, Frankreich sei durch Wohlstand zur Ertragung jeder Art von Zollsystem geeignet, aber Amerika habe die üblen Folgen des freihändlerischen Princips schwer zu büßen gehabt. Er schließe sich dem Antrag von Hüllessem aus solchen Erwägungen an. Abg. Dirichlet wendet sich gegen die beiden Vorredner, in längeren Ausführungen für die Petition eintretend. Abg. Graf zu Dohna-Schlodien bedauert, diese hochpolitische Frage in letzter Stunde in die friedlichen Landtagsverhandlungen gebracht zu sehen, und werde — obgleich er in den Zöllen einen Vortheil für die Landwirthschaft sich nicht verspreche — für Tagesordnung stimmen, zumal ein Nachtheil für den Handelsstand aus der Art der Durchführung des Zollsystems von der Reichsregierung nichts zu fürchten sei. — Die Petition wird genehmigt

Zur Vorlage des Provinzial-Ausschusses in Betreff der geplanten Uebertragung der Unterhaltung der Provinzial-Chausseen auf die Kreisverbände, vertheidigen die Abgg. Dr. Bender und Selke, sowie der Landesdirector und Landesbaurath Krah die Anträge des Ausschusses auf Abbrechung der bezüglichen Unterhandlungen und Ablehnung der von mehreren Kreisen eingegangenen Offerten, während die Abgg. Dirichlet, Ebhard und Donalies für die Commissions-Vorschläge auf Fortsetzung der Verhandlungen und Abschluß mit den Kreisen gegen Entschädigung über den 12 jährigen Kostendurchschnitt hinaus und Erleichterung der Cautelen für die Aufsichtsrechte der Provinz, gleichviel ob alle Kreise bereit sind oder nur ein Theil, eintreten. Nach längerer Debatte werden die Commissions-Vorschläge angenommen, darunter, mit dem Provinzial-Ausschuß übereinstimmend, die Ermächtigung des Ausschusses zur Kündigung oder Ueberlassung der Provinzial-Baubeamten behufs Verwaltung der Kreis-Chausseen. — Der vom Provinzial-Ausschuß vorgelegte Bericht über die Vermögens-Auseinandersetzung zwischen Ost- und Westpreußen wird gutgeheißen; ebenso der vorgelegte Entwurf eines Vergleichs bezüglich der Auseinandersetzung der von beiden Provinzen noch gemeinschaftlich zu erbauenden resp. zu unterstützenden Chausseen, welcher von den beiden Landesdirectoren vereinbart, nur in Betreff des Termins für Auszahlung einer Summe von 500,000 Mk. an Ostpreußen differirt, letzteres um ¼jährigen Zinsgewinn schädigend. Nach den Ausführungen des Referenten v. Gramatzki wird unter Beibehaltung des Ostpreußischen Anspruchs der Entwurf en bloc genehmigt. — Für die Vorlage, betr. Ablösung des St. Marienstifts vom Löbenichtschen Hospital durch eine Abfindungssumme von 375,000 Mark, incl. 25,200 Mk. aus Provinzialfonds, erklärt sich der Referent Dr. Aschenheim, unter Betonung der Schwierigkeiten, welche die Verwaltung des Stifts bei vorliegenden Competenzstreitigkeiten mit der Regierung darbiete. Nach Ablehnung eines Vertagungs-Antrages Donalies wird die Vorlage in Gemäßheit der Ausführungen der Herren Regierungs-Assessor Krantz, Landesrath Wiedemann und Abg. Dr. Möller angenommen. — Die erbetenen 500 Mk für die Altpreußische Monatsschrift, 1500 Mk für das Masurische Waisenhaus in Lötzen, werden in den Etat pro 1879—80 gestellt. Die Petition des Ostpreußischen landwirthschaftlichen Centralvereins um Gewährung einer Beihilfe von 3000 Mk zur Erweiterung seiner Versuchsstation und Einrichtung einer milchwirthschaftlichen Abtheilung bei derselben wird abgelehnt, nachdem der Referent Ebhard, sowie die Abgg. Born und Quadt bedingungsweise dafür, Abg Dr. Dolle und der Landesdirector, da das Dotationsgesetz nur die Unterstützung wissenschaftlicher und nicht praktischer Vereine zulasse, aber sich dagegen erklärt haben. — Die Anstellung von 3 Hilfstechnikern für die Baubezirke Tilsit, Königsberg und Insterburg wird beschlossen, — desgl. die Herabsetzung der Miethsentschädigungen für Chausseeaufseher, auf in der Regel 90 Mk. jährlich — Der Provinzialausschuß wird nach einem Antrage der Abgg. Schulz und Genossen beauftragt: der Mehrbelastung der Grenzkreise durch aus Rußland herüberkommende Deutsche durch Erwägung einer Declaration zum Landarmen-Reglement zu begegnen und darüber dem nächsten Provinziallandtage Vorlage zu machen. — Der Hauptetat der Provinzial-Verwaltung (nach der Vorlage in Einnahme und Ausgabe auf je 3922000 Mk. abschließend) wird darauf unter Hinzufügung der aus den Beschlüssen in dieser Session resultirenden Beträge und calculativen Abrundung genehmigt. — Hiermit sind die Vorlagen erledigt und wird die diesjährige Session durch den Königl. Commissar Herrn Oberpräsident v. Horn unter Hinweis auf die in angestrengter Thätigkeit erreichten, durch gründliche Vorarbeiten vorbereiteten Erfolge für eine weitere Förderung und gedeihliche Entwickelung aller provinziellen Interessen geschlossen, wobei der Redner constatirt, daß das in den meisten wichtigen Fragen einmüthige Handeln des Provinzial-Landtages mit den Verwaltungsorganen eine Bürgschaft für die Fortdauer günstiger Zustände gewähren und mit dem Wunsche schloß, daß die Provinz und das gesammte Vaterland vor schmerzlichen und erschütternden Ereignissen bewahrt bleiben möge.

Nach Ausdruck des Dankes an das Präsidium und das Bureau schloß Präsident v. Kraatz die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König

Provinzielles.

* Der „Reichsanzeiger" vom 18 März veröffentlicht die Ernennung des Bezirks-Präsidenten des Ober-Elsaß von Ernsthausen in Colmar zum Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen und des Regierungsraths Albrecht Hans Obery zum Landrath des Keises Braunsberg.

Die über die Abhaltung von Viehmärkten bisher giltig gewesenen Bestimmungen sind von der Königl. Regirung nunmehr dahin abgeändert worden, daß die Abhaltung derselben von jetzt ab wieder im ganzen Umfange des Regierungs-Bezirks, jedoch mit der Einschränkung stattfinden darf, daß in den Kreisen Memel, Gerdauen, Rastenburg, Rössel, Allenstein, Osterode, Ortelsburg und Neidenburg Wiederkäuer (Rindvieh, Schafe und Ziegen) bis auf Weiteres noch ausgeschlossen bleiben.

Tilsit, 18. März. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der 23 Jahre alte Besitzer Knorr aus Kerkutwethen wegen vorsätzlicher Ermordung seines Schwiegervaters vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

B. **Danzig,** 18. März. Heute Mittags 12 Uhr wurde der 2. Westpr. Provinziallandtag im Stadtverordnetensaale durch das älteste Mitglied desselben, Landrath von Weyher-Flatow durch ein Hoch auf unseren Allergnädigsten Kaiser und König eröffnet. Demnächst hielt der staatliche Commissarius, Regierungs-Vice-Präsident v. Saltzwedell die Eröffnungsrede, aus welcher wir folgende Sätze hervorheben: Hochgeehrte Herren! Heute, da sich die Vertreter der Provinz Westpreußen zum ersten Male wieder versammeln, nachdem unser Vaterland durch das tief erschütternde Ereigniß heimgesucht worden ist, daß die geheiligte Person unseres hochverehrten und vielgeliebten Monarchen von ruchloser Mörderhand schwer verletzt und sein theures Leben zweimal von äußerster Gefahr bedroht wurde, fühlen Sie gewiß vor allen Dingen das Bedürfniß, dem Gefühle der Entrüstung und der Trauer darüber Ausdruck zu geben, daß eine so entsetzliche That inmitten des treuen Deutschen und Preußischen Volkes hat geschehen können und damit den wärmsten Dank gegen den Allmächtigen zu verbinden, der dennoch die tiefste Schmach und den größten Verlust in Gnaden abgewendet hat, die unser Volk hätte treffen können, indem nicht nur das Leben unseres Kaiserlichen und Königlichen Herrn erhalten, sondern Ihm auch die volle Gesundheit und Wirkungskraft wiedergegeben ist, durch welche Er so unvergleichliche Thaten zum Ruhme und Segen unseres Vaterlandes vollbrachte. Meine Herren! Als sich die Vertreter der Provinz Westpreußen vor einem Jahre zum ersten Male hier versammelten, da galt es, den Grund zu legen, auf welchem sich ein selbstständiges provinzielles Leben aufbauen und in dem Zusammenwirken aller seiner Organe und in der Ausstattung seiner einzelnen Institute zum Segen für die neugebildete Provinz und ihre Bewohner nach allen Richtungen hin kräftig entwickeln und befestigen sollte. Sie haben diese Grundlagen in Ihrer vorjährigen Versammlung in treuer und angestrengter Arbeit geschaffen und die von ihnen gewählten ausführenden Organe der provinziellen Selbstverwaltung haben im Laufe des Jahres die neuen Einrichtungen ins Leben geführt und in praktische Anwendung gesetzt. — Die Erfahrungen dieses Jahres haben gewiß die Ueberzeugung überall befestigt, daß der neugeschaffene Organismus ein gesunder und lebensfähiger sei und daß die Provinzialverwaltung Westpreußens die Aufgaben, die ihr gestellt und die Hoffnungen, die an ihre Wirksamkeit geknüpft sind, wohl zu erfüllen im Stande ist. Auf der anderen Seite hat aber, wie es ja in der Natur der Sache liegt, die praktische Anwendung der von Ihnen geschaffenen Einrichtungen klar an den Tag gelegt, welche Mängel daran zu beseitigen, welche Verbesserungen anzubringen und welche Bedürfnisse zur Förderung des materiellen und geistigen Wohls der Provinz und ihrer Bewohner noch durch die Wirksamkeit der Provinzialverwaltung zu befriedigen sind. Die Beschlußnahme darüber, in welcher Weise und durch welche Mittel dieses Ziel in allmäliger Entwickelung erreicht werden soll, wird die vorzügliche Aufgabe der jetzt vorliegenden Session des Provinziallandtages sein. — Zum Landtags-Präsidenten wählt die Versammlung Conrad-Fronza und zu dessen Stellvertreter Lambeck-Thorn.

— Der Westpreuß. Provinziallandtag erledigte in seiner gestrigen, zweiten Plenarsitzung, die aus 6 Punkten bestehende Tagesordnung. Zunächst handelte es sich um die Wahl verschiedener Commissionen, dann eine Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Einrichtung einer neuen Wasserleitung und Canalisation bei der Provinzial-Irrenanstalt zu Schwetz, ferner fand die Vorlage des Provinzialausschusses, betreffend die Beschaffung der Mittel zur Deckung der von der Landeshauptkasse für den Fonds der Besserungsanstalt in Graudenz, der Irren-Anstalt Schwetz und der Westpreußischen Landarmenverwaltung pro 1876 und 1877/78 geleisteten Vorschüsse, ihre Erledigung. Die Feststellung der Haupt-Etats für 1879/80 und verschiedener Specialetats wird vorgenommen. Herr Staats-Commissar, Reg.-Vice-Präsident von Saltzwedell befürwortet, daß eine gegen den Landesdirector Dr. Wehr eingegangene Denunciation auf besonderen Wunsch des Herrn Landes-Director an den Herrn Minister zur ressortmäßigen Verfügung abgegeben werde Aus der Denunciation erhelle, daß dieselbe nur durch Zurhilfenahme der Acten der Provinzialverwaltung habe gefertigt werden können und daher ein grober Vertrauensbruch eines Beamten vorliegen müsse. Selbst, wenn auch die in der Denunciation angeführten Thatsachen sich bestätigen sollten, so seien sie doch derartig, daß dadurch die Ehre des Herrn Dr Wehr in keiner Weise verletzt oder das Vertrauen zu ihm gemindert erscheinen könne.

Druck und Verlag von F. W. Sieber in Memel.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Rülf in Memel.